

## Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller\*in: BAG Kinder Jugend Familie  
Beschlussdatum: 24.04.2021

### Änderungsantrag zu PB.S-01

#### Von Zeile 60 bis 73:

haben ganz eigene Bedürfnisse, die bei Entscheidungen angehört, mitgedacht und abgewogen werden müssen. Wir werden deshalb sicherstellen, dass ~~das Wohl~~ die Interessen und Rechte von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommt und maßgeblich berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Hierzu gehören das Recht auf Förderung der Entwicklung, die vorrangige Berücksichtigung ihrer Interessen bei allen Kinder betreffenden Entscheidungen sowie die Beteiligung von Kindern entsprechend ihrem Alter und Reifegrad. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund, altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. ~~Die Jugendarbeit spielt hierbei~~ Jugend ist eine ~~wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Werden~~ eigenständige Lebensphase und bedarf einer besonderen Berücksichtigung ~~Werden~~ Demokrat\*innen brauchen Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische Bildung, die wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell stärken. Über die Förderung, den Ausbau und die Vernetzung niedrigschwelliger Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche stellen wir sicher, dass ihre Ideen Eingang in den politischen Raum finden. Beim Aufbau oder der Auswahl von Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern. Dafür braucht es die gesetzliche Absicherung von Beteiligung, aber auch eine entsprechende Fortbildungsoffensive in den Verwaltungen und ~~dies im Baugesetzbuch berücksichtigen~~ in der kommunalen Selbstverwaltung.

### Begründung

Der Satz "Die Jugendarbeit spielt ... Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken" wird in einen eigenen Jugendabsatz verschoben.